

**Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr,  
Stadtentwicklung, Energie  
und Landwirtschaft (S)**

**Bericht der Verwaltung  
für die Sitzung der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr,  
Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S)  
am 21.02.219**

**Essbare Stadt und Flächenverzeichnis**

**A. Sachdarstellung**

Der Abgeordnete Jan Saffe Bündnis 90/Die Grünen hatte für die Deputationssitzung am 19.04.2018 folgende Berichtsbitte eingebracht:

„Auf eine Frage in der Fragestunde der Grünen Fraktion zum Thema „Essbare Stadt“ hat der Senat angekündigt, dass bis zum Beginn der Pflanzperiode 2018 zentrale Orte in Bremen für die „Essbare Stadt“ festgelegt werden sollen. Außerdem soll laut Antwort ein Verzeichnis erstellt werden, wo Interessierte Gemüse, Obst und Kräuter anbauen können.

Ich bitte darum – falls sie schon festgelegt wurden – mitzuteilen, um welche zentralen Orte es sich handelt und ich bitte – sofern erstellt – um das Verzeichnis.“

**Die Beantwortung der Frage hat sich verzögert; sie wird jetzt wie folgt beantwortet:**

Eine Angebotsliste über zentrale Orte in Bremen, an denen Interessierte Gemüse, Obst und Kräuter anbauen können, konnte zur Pflanzperiode 2018 nicht vorgelegt werden, weil mit der Ausweisung solcher Flächen ein höherer Regelungsaufwand verbunden ist als zum Zeitpunkt der Beantwortung der Frage in der Fragestunde der Bürgerschaft angenommen wurde. Aufgrund der Vielzahl von Flächenzuständigkeiten innerhalb der Stadtgemeinde Bremen war es bisher nicht möglich, mit allen Bedarfsträgern und Sondervermögen sowie sonstigen Eigentümervertretern im Hinblick auf zur Verfügung stehende Flächen für dieses Vorhaben eine abgestimmte Liste potenziell geeigneter Flächen zu erstellen. Es gibt zwar Vorschläge, allein aber für die notwendige Beteiligung der Beiräte, die der Umwidmung von Grünflächen zustimmen müssen (§ 10 Satz 7 Beirätegesetz), ist ein Zeitaufwand von mehreren Monaten erforderlich.

Ob die angekündigte Angebotsliste zur Pflanzperiode 2019 vorgelegt werden kann, ist wegen der zum Jahreswechsel beabsichtigten Umstrukturierung des Projektes „BioStadt Bremen“ nicht absehbar. Die im Vorfeld abgestimmte und deshalb chancenreiche Anforderung einer Poolkraft des gehobenen Dienstes für dieses Vorhaben wurde ressortintern zurückgestellt, um der Umstrukturierung nicht vorzugreifen.

Auch ohne die Angebotsliste gibt es für Interessierte in Bremen bereits eine Vielzahl von Möglichkeiten, Obst, Gemüse und Kräuter anzubauen und/oder zu ernten, ohne selbst einen eigenen Garten unterhalten zu müssen.

Einen Überblick über Orte in Bremen, an denen - ohne Eigentumsrechte zu verletzen - Obst, Kräuter und Gemüse geerntet werden können, gibt die Website „mundraub.org“. Dort werden

bereits einige Obstbäume auf städtischen Flächen aufgrund von Meldungen der Nutzerinnen und Nutzer der Website ausgewiesen. Der Umweltbetrieb Bremen wurde jetzt von der „BioStadt Bremen“ gebeten zu prüfen, ob er von der von den Betreibern der Website seit Kurzem eröffneten Möglichkeit Gebrauch machen will, die Katasterdaten sämtlicher Obstbäume auf öffentlichen Flächen in die Website zu überspielen.

Als eigenen Beitrag zu einer „Essbaren Stadt“ hat der Umweltbetrieb Bremen im Frühjahr 2018 vor der Wallmühle zusammen mit Ringel- und Studentenblumen Zucchini und Mangold angepflanzt, die im Spätsommer geerntet und mit den Suppenengeln zu Gemüseeintöpfen verarbeitet wurden.

Folgende gemeinnützige bzw. wirtschaftlich tätigen Projektträger realisieren oder planen – teilweise mit finanzieller Unterstützung des Ressorts – folgende Vorhaben in Bremen.

Der BUND Bremen e. V. unterhält in Findorff einen Obst- und Gemüsegarten, der die Bremer Tafel beliefert, sowie Obstgärten und -wiesen in der Kinderwildnis auf dem Stadtwerder, auf der Kinder- und Jugendfarm in Borgfeld, dem Hof Bavendam im Blockland und der Großen Dunge in Burg-Grambke. In allen Gärten können ehrenamtliche Helferinnen und Helfer mitarbeiten.

Der NABU Bremen e. V. baut auf seinem ehemaligen Gärtnerengelände in Bremen-Hemelingen ein Gemüse-Projekt auf, wo Interessierte unter der Anleitung von zwei Gärtnerinnen im biologisch bewirtschafteten Obst- und Gemüsegarten mitarbeiten können und dafür einen Anteil an der Ernte erhalten.

Der Verein KulturPflanzen e.V. organisiert auf dem „Lucie-Flechtmann-Platz“ in der Neustadt einen selbstverwalteten Stadtgarten, der für alle Interessierten offen ist und in diesem Jahr entsiegelt wurde.

Die Ackerhelden GmbH bietet Bio-Gemüsegärten in Bremen-Borgfeld zur Selbsternte an. Die Parzellen sind 40 m<sup>2</sup> groß und die Miete beträgt 199 € im Jahr. Die Parzellen sind einschließlich Düngung fertig vorbereitet und vorbepflanzt. Zurzeit ist das Unternehmen mit Unterstützung des Projektes „BioStadt Bremen“ auf der Suche nach einer weiteren Fläche in Bremen.

Der Verein SozialÖkologie e.V. plante ursprünglich am Lidice-Haus auf der Werderinsel eine ca. 3000 m<sup>2</sup> große Fläche für die Anlage von etwa 60 Selbsterntegärten einzuzäunen und aufzubereiten. Im Frühsommer 2018 sollte die Fläche bekannt gemacht und im Frühjahr 2019 für eine Nutzung frei gegeben werden. Eine Förderung aus Wettmitteln wurde in Aussicht gestellt. Leider scheitert die Realisierung an diesem Ort, weil kein Kostenträger für die Kampfmittelbeseitigung gefunden wurde. Der Verein versucht jetzt eine Ersatzfläche zu finden.

Letztlich verfolgt der Bereich „Grünordnung“ des Ressorts im Rahmen des vom Bundesumweltministerium geförderten Projektes „Green Urban Labs“ die Anlage von Selbsternte- und Gemeinschaftsgärten auf brachliegenden Kleingartenflächen im Bremer Westen.

Den genannten Vorhaben ist – mit Ausnahme des Lucie-Flechtmann-Platzes - gemeinsam, dass sie aus Gründen der Verkehrssicherheit, zur Sicherstellung der notwendigen gärtnerischen Pflege und zum Schutz vor Vandalismus nicht uneingeschränkt zugänglich sind.

Die Idee der „Essbaren Stadt“ im engeren Sinne geht dagegen davon aus, dass die Flächen im öffentlichen Raum der Stadtquartiere liegen, gut erreichbar sind, lediglich eine gärtnerische Grundbetreuung erhalten und ansonsten für jede Interessierte/jeden Interessierten niedrigschwellig nutzbar sind.

Um die Anzahl von frei zugänglichen Selbsterntegärten zu erhöhen, wurde von der „BioStadt Bremen“ das Vorhaben der Gesellschaft für integrative Beschäftigung mbH (Gemüsewerft), auf dem Domshof von Mai bis September 50 Paletten-Hochbeete und einen Hopfengarten aufzustellen, unterstützt. Die Hochbeete wurden in einer öffentlichen Aktion mit Gemüse und Kräutern bepflanzt und im Spätsommer dem Publikum für eine Ernte zur Verfügung gestellt. Der Hopfengarten lud zum Verweilen und zur Beobachtung des enormen Wachstumsvermö-

gens dieser Pflanzen ein. Die sehr guten Erfahrungen mit einem ähnlichen Projekt auf dem Hanseatenhof, das in diesem Jahr wieder mit finanzieller Unterstützung der CityInitiative wiederholt werden konnte, bestätigten sich auf dem Domshof. Die werthaltige Aufmachung der Paletten-Hochbeete und die wahrnehmbar fürsorgliche Betreuung der Pflanzen trugen dazu bei, dass trotz der zentralen Lage im öffentlichen Raum Vandalismusschäden an beiden Standorten nicht zu beklagen waren. Im Bericht dieser Deputation und der Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen (Vorlagen Nr. 19/504 S und Nr. 19/591-S) an die Stadtbürgerschaft zur Drs. 19/778 S wurde das Vorhaben als Beitrag zur Belebung und Attraktivitätssteigerung des Domshofs aufgeführt, deren Elemente als Bestandteil einer temporären Stadtmöblierung verstetigt werden sollen.

Begleitend zu dem Vorhaben auf dem Domshof veranstalteten BioStadt Bremen und die Gemüsewerft am 7. Juni 2018 im Haus der Wissenschaft eine nationale Fachtagung zu den Möglichkeiten und Grenzen einer „Essbaren Stadt“ in Bremen. Anschließend initiierte die „BioStadt Bremen“ mit den Akteuren der Bremer Essbare-Stadt-Szene einen workshop mit dem Ziel, Ideen für neue und Erfahrungen mit laufenden Projekten in einem Konzept zusammenzufassen. Das Konzept befindet sich aktuell unter den Teilnehmern in der Abstimmung.

## **B. Beschlussvorschlag**

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.